

Liebe Genossinnen und Genossen



der Bundesparteitag ist vorbei, vieles ist darüber geschrieben worden. Vor allem über die Personaldebatten, aber auch über inhaltliches. So einiges davon ist auch Thema in diesem Mitgliederbrief. Je nach Grundstimmung des jeweiligen Journalisten ist entweder der Untergang der SPD unvermeidbar oder das große Neuerblühen steht nun unmittelbar bevor. Ich möchte euch heute hier einfach mal ein paar ganz persönliche Eindrücke schildern.

Ein dreitägiger Parteitag ist vor allem eins, und zwar anstrengend. 12 Stunden und mehr jeden Tag mit 600 Delegierten und ungefähr nochmal ebenso vielen Nicht-Delegierten in einem fensterlosen Raum einen Antrag nach dem nächsten und eine

Wahl nach der nächsten zu absolvieren, fordert schon sehr viel Konzentration und Durchhaltevermögen.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Ein Haushalt mit frustrierenden Risiken	3
Antrag auf Sozialticket wieder eingereicht	4
Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit	5
Vermögenssteuer hoffentlich bald zurück	6
#unsere SPD – Eindrücke von der Vorstandssuche	7
Sozialdemokratische Kindergrundsicherung beschlossen	8
Serie: So geht Ortsverein!	10
Verkehrspolitik für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis	11
Jahresrückblick 2020 (!)	12
Ein Einfallstor für Willkür	13
Alle können etwas tun	16
Impressum	18
Termine, Mitgliederstatistik	19

Das Ergebnis für Saskia und Norbert war ok, ich hätte mir allerdings noch mehr Zustimmung gewünscht. Schließlich ging es nur noch darum, den Willen der Mitglieder umzusetzen. Bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden hatten wir alle das Gefühl, dass es so ein Mehrwertsteuer-Moment war. Eigentlich sollten sie auf drei reduziert werden, da man aber eine Kampfkandidatur zwischen Hubertus Heil und Kevin Kühnert verhindern wollte, war dann der Vorschlag: vier. Und geeinigt hat man sich auf fünf. Somit wurde ein Vorsitzender und sechs Stellvertreter auf zwei Vorsitzende und fünf Stellvertreter „reduziert“. Ich könnte mir vorstellen, dass die anschließende Weigerung der Delegierten, den Bundesparteitag von 600 auf 450 Delegierte zu verkleinern, damit zusammenhing.



Persönlich fand ich es völlig unverständlich, dass bei der Wahl des restlichen Vorstands Heiko Maas erst im zweiten Wahlgang durchging und Ralf Stegner ganz rausgewählt wurde. Ralf hatte auf seinen bisherigen Posten als Stellvertreter zugunsten von Kevin verzichtet. Dass er dann ganz rausfliegt, fand ich sehr

bedauerlich. Im Anschluss an die Wahlen hatte ich die Gelegenheit, mich mit Heiko Maas zu unterhalten und wir waren uns einig, dass Fairness oder Dankbarkeit leider keine politischen Gepflogenheiten sind.

Darüber, dass zumindest im zweiten Durchgang dann unsere beiden Baden-Württemberger Andi Stoch und Leni Breymaier gewählt wurden, bin ich sehr froh. Mit Saskia haben wir somit im deutlich verkleinerten Parteivorstand immer noch drei Mitglieder.

Die getroffenen Entscheidungen können sich meiner Ansicht nach sehen lassen. Es ist ein richtig guter Schritt hin zu einem besseren, sozialeren und gerechteren Staat gemacht worden. Hier könnt ihr sie im einzelnen nachlesen:

<https://www.spd.de/partei/beschluesse/>

Ansonsten besteht so ein Parteitag natürlich auch immer aus dem Wiedersehen von lieben Bekannten, dem Kennenlernen von neuen Genossinnen und Genossen, dem Organisieren von Verpflegung, guten Gesprächen an den Ständen der Aussteller, einem Parteiabend mit Tanz und noch mehr Gesprächen, Absackern in der Hotelbar, Promis auf Augenhöhe, elendlangen Zugfahrten und sehr, sehr, sehr vielen Redebeiträgen.

Schön war's und ich bin froh, dass ich dabei sein konnte.

Ralf Stegner

Ein Haushalt mit frustrierenden Risiken

Der Haushaltsentwurf des Landratsamtes für unseren Landkreis steht auf tönernen Füßen und birgt Risiken. Das ist im wesentlichen die Schuld der Landesregierung.

Warum, das führt unsere Kreisvorsitzende Birte Könnecke in dieser Pressemitteilung aus.

Das Ende des Jahres naht und überall geht es um die Haushaltsberatungen des kommenden Jahres. Im Entwurf des Kreis-Haushalts ist vorgesehen, die Kreisumlage von derzeit 36,1 Punkten auf 36,22 Punkte anzuheben. Gleichzeitig hat die Verwaltung bereits klargestellt, dass jeder weitere Antrag, der zu einem Mehr an Ausgaben führt, die Kreisumlage weiter anheben wird. Innerhalb der Gemeinden formiert sich Widerstand dagegen, da der Ergebnishaushalt des Kreises tatsächlich laut Entwurf mit einem Plus von über zehn Millionen Euro abschließen wird, während viele Kommunen im Kreis keinen ausgeglichenen Ergebnishaushalt hinbekommen werden und daher auf eine Senkung der Kreisumlage von einem Punkt drängen.

Diese Argumentation ist nachvollziehbar. Andererseits reicht die derzeit erhobene Kreisumlage nicht aus, um die Kosten im Sozialbereich und bei den Gymnasien abzudecken, die der Kreis für die Kommunen leistet. Außerdem stehen mit der Breisgau-S-Bahn, den Schulen und der Feuer-

wehrübungsanlage wichtige und nicht aufschiebbare Investitionen an, die getätigt werden müssen und bei denen der Überschuss dazu dienen wird, die Schulden des Kreises in nicht noch astronomischere Höhen zu treiben, als dies ohnehin schon der Fall sein wird.

Aber eigentlich ist dieser Austragungsort auch der falsche. Kreis und Kommunen haben gleichermaßen eine desolante Finanzlage. Da den schwarzen Peter von einem zum anderen zu schieben, wird daran nichts ändern. Schuld ist hier die Politik der Landesregierung und genau mit dieser muss der Kampf ausgefochten werden.

So wartet der Kreis beim Thema Spitzabrechnung der Flüchtlingsunterbringung noch immer auf das Geld aus dem Jahr 2016 (und alle späteren). Bei der Kostenerstattung für Geduldete weigert sich das Land, den von den kommunalen Landesverbänden ermittelten Finanzierungsbedarf anzuerkennen. Stattdessen soll auch in den kommenden Jahren nur ein gedeckelter Betrag weitergeleitet werden, was für unseren Kreishaushalt allein für's kommende Jahr ein Risiko von über zwei Millionen Euro bedeutet.



Oder Thema Bundesteilhabegesetz. Hier werden 2020 auf die Stadt- und Landkreise Kosten in Höhe von 150 Millionen Euro zukommen. Und obwohl das Land durch die Konnexität in der Pflicht ist, diese Ausgaben zu finanzieren, hat die Landesregierung gerade mal 4 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Es geht uns nicht darum, Geld zu beanspruchen, das uns nicht zusteht. Es geht einzig und allein darum, dass der verfassungsgemäße Ausgleich der Mehrbelastung vom Land nicht vorgenommen wird. Immer mehr Kosten werden von oben nach unten durchgereicht, so dass immer weniger Geld für die Dinge da ist, für die der Kreis tatsächlich zuständig ist. Wie z.B. unsere Schulen, unsere Kreisstraßen, der Ausbau des ÖPNV. Oder auch für sinnvolle Freiwilligkeitsleistungen, wie ein Sozialticket.

Klar könnte man sagen, in Zeiten von knappen Kassen muss halt jeder den Gürtel enger schnallen. Aber das Land hat keine knappe Kasse. Vielmehr haben sie gerade festgestellt, dass sie völlig unerwartet 2 Milliarden (!!) Euro mehr eingenommen haben, als gedacht. Sie wissen gerade gar nicht, wohin mit dem ganzen Geld. Und lassen trotzdem die Kreise und Kommunen am ausgetreckten Arm verhungern.

Das Ultimatum, dass die Finanzministerin den Kreisen und Kommunen nun gestellt hat, das nach dem Motto: "Friß oder stirb" nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten decken würde, darf auf keinen Fall

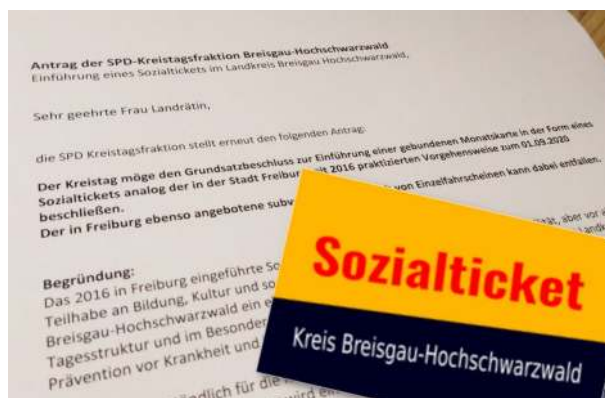
angenommen werden. Es kann nicht sein, dass Aufgaben nach unten durchgereicht werden, ohne die entsprechende Finanzierung sicherzustellen, während das Land gleichzeitig Überschüsse anhäuft.

Grün-Schwarz ist die kommunalfeindlichste Landesregierung, die Baden-Württemberg je hatte und dagegen müssen Kreis und Kommunen gemeinsam angehen!

Birte Könnecke

Antrag auf Sozialticket wieder eingereicht

Wie bereits vor einem Jahr angekündigt: Die SPD Kreistagsfraktion hat auch dieses Jahr wieder die Einführung eines Sozialtickets für das Gebiet des Landkreises beantragt. Wir wollen einen Zuschuss zu einer einfachen Monatskarte analog zur Stadt Freiburg.



Seit 2016 werden bedürftige Menschen im Bereich des RVF ungleich behandelt: Während es in der Stadt Freiburg ein Sozialticket gibt, das entweder als Zuschuss zu einer Regiokarte oder zu Mehrfahrten-

tickets gezahlt wird, bleibt dergleichen den Menschen im Landkreis verwehrt.

Wir sind der Meinung, dass diese Ungleichheit ein Ende finden muss. Schließlich trifft es die Menschen im großen Flächenlandkreis Breisgau-Hochschwarzwald noch viel mehr, dass die Regelsätze zur Mobilität in der Sozialgesetzgebung viel zu niedrig angesetzt sind. Die Mobilität der Menschen ist damit so weit eingeschränkt, dass eine Mindestmaß an Teilhabe nicht mehr gegeben ist.

Wir wollen deshalb für diese Menschen so lange einen Zuschuss zur Regiokarte, bis der Bund endlich seinen Verpflichtungen nachkommt und die Regelsätze den tatsächlichen Gegebenheiten anpasst.

Im letzten Jahr wurde unser Antrag von den Fraktionen der CDU, Freien Wählern, FDP und den ganz Rechten abgelehnt. Nur die Fraktion der Grünen stimmte dafür. Argumentiert wurde mit teils völlig überhöhten Kostenschätzungen.

Wir sind gespannt, wie die Abstimmung in diesem Jahr ausgeht. Wenn der Antrag wieder abgelehnt wird, dann stellen wir ihn halt nächstes Jahr wieder ...

Oswald Prucker



Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit

Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit

Unser Sozialstaat muss Partner der Menschen sein. Darum hat die SPD auf ihrem Parteitag einstimmig beschlossen, Hartz IV zu überwinden und ein Bürgergeld einzuführen. Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für unseren Sozialstaat der Zukunft. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als Partner. Das steht für uns im Mittelpunkt.



Konkret heißt das:

- Anerkennung von Lebensleistung: Wer lange gearbeitet hat, bekommt auch länger Arbeitslosengeld. Leistungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt.
- Mehr Chancen in der Arbeitswelt: Mit dem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen.
- Mehr Respekt durchs Bürgergeld: Wir setzen an die Stelle von Hartz IV ein neues Bürgergeld. Es ist aus der Perspektive der Menschen gedacht, die

den Sozialstaat brauchen. So lange es Hartz IV noch gibt, sollen mögliche Sanktionen das Existenzminimum nicht mehr gefährden dürfen.

- Kinder absichern: Kein Kind darf in einem reichen Land wie unserem in Armut aufwachsen. Darum schaffen wir eine neue Kindergrundsicherung. Für ein gutes und gesundes Aufwachsen, für beste Bildung und Chancen.
- Wert der Arbeit stärken: Wir sichern den Wert der Arbeit – indem mehr Menschen von guten Tarifverträgen profitieren. Und durch einen deutlich höheren Mindestlohn.
- Arbeit, die zum Leben passt: Wir bringen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Höhe der Zeit: mit einem Recht auf Home-Office und Nichterreichbarkeit. Und mit einem persönlichen Zeitkonto für alle Beschäftigten.

Hartmut Hitschler

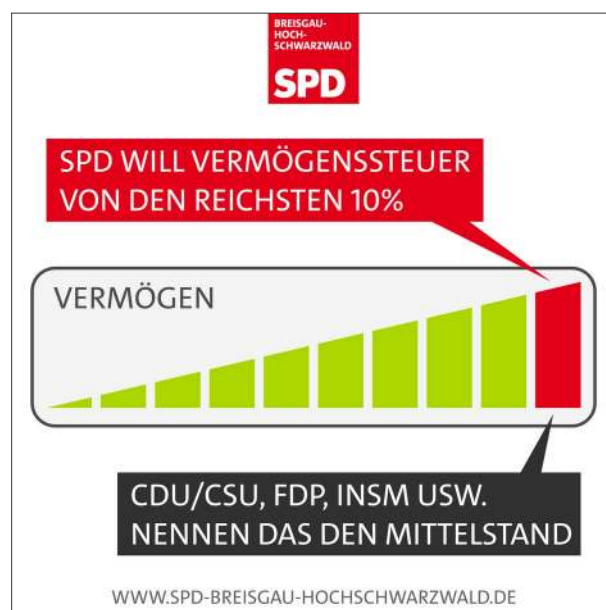
Vermögenssteuer hoffentlich bald zurück

Man kann es eigentlich sehr kurz zusammenfassen: Kaum ein Land besteuert Einkommen aus Arbeit höher und Einkommen aus Vermögen niedriger als Deutschland. Genau daraus speist sich die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich.

Ebenso: Die meisten Millionäre dieser Tage haben sich ihren Reichtum nicht erarbeitet, sondern sie haben geerbt. Deshalb ist eine Vermögenssteuer (und eine andere Erbschaftssteuer) sehr sinnvoll und ich freue mich, dass genau das beim Parteitag beschlossen wurde.

Interessanterweise sind aber viele Menschen in Deutschland gegen die Besteuerung der Reichtümer. Selbst die, die gar kein Vermögen haben und auch nie eines haben werden. Der Grund dafür ist der Narrativ, den die Schwarzen, Gelben und sonstigen Neoliberalen erfolgreich in die Köpfe der Menschen gepflanzt haben: eine Vermögenssteuer enteignet den Mittelstand.

Was für eine Definition von Mittelstand da in den Ring geworfen wurde, ist hanebüchen und wir haben das mal in einem Sharepic auf Facebook verdeutlicht:



Wir dürfen uns durch diese dreiste Lüge nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Niemand erklärt diese Zusammenhänge besser, als Lothar Binding mit seinem Zollstock. Ich empfehle euch: Geht auf Youtube, sucht den Kanal der SPD und dann das Video zu seinem Vortrag. Es lohnt sich ...

Oswald Prucker

#unsereSPD – Eindrücke von der Vorstandssuche

Während der ganzen Vorstandssuche ist mir so dieses und jenes aufgefallen und das schreibe ich jetzt mal zusammen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und mit noch weniger Anspruch auf Allgemeingültigkeit.

Die Regionalkonferenzen

Die Regionalkonferenzen waren schlicht geil. Leider war ich auf keiner einzigen, aber es gab ja genügend Konserven. Davon habe ich mir einige angeschaut, manche von vorne bis hinten, andere mal einen Teil hier, mal ein Stück da. Das waren keine Wahlkampfveranstaltungen – wie man meinen könnte – das waren sehr ernsthaft geführte Debattencamps. Es ging deutlich mehr um Themen, als um die Kandidatenteams. Sehr schön. Vielleicht ein bisschen viel, aber das Land ist halt doch geringfügig größer als das Saarland.

Die Teams

Ein bunter Haufen. Und das ist auch gut so, denn die Partei ist nun mal bunt.

Entsprechend hatte ich welche, die konnte ich gar nicht wählen und auch Favoriten, leider mehrere. Insgesamt ist die Qual der Wahl immer besser als keine Wahl. Bei der Entscheidung waren übrigens die Regionalkonferenzen für mich gar nicht so hilfreich, weil da fand ich die Themen wichtiger.

Das online Wahltool

War leicht zu bedienen. Ob es sicher war/ist? Keine Ahnung. Bin ich Hacker? Es gab starke Kritik.

Die Stichwahl

Muss halt sein, aber das war der Teil des Prozesses, der mir nun nicht mehr gefällt. Während in der ersten Runde jedes Team mit seinen Vorschlägen geworben hat und auch die Unterstützer das so hielten, gab es in der Stichwahlrunde dann doch wieder die üblichen Angriffe der Gegenseite und ähnlich mieses Zeug. Naja, ist jetzt ja bald vorbei und dann sammeln wir uns alle hinter den Gewinnern und ziehen gegen die Rechten los.



Der Mythos vom ständigen „Mit sich selbst beschäftigen“

„Die SPD ist nur mit sich selbst beschäftigt“ – das ist so die gängige Kritik an dem Prozedere. Klar, damit kann man wieder mal hämisch zustimmendes Nicken erheischen und muss sich nicht mit den Inhalten (die trotzdem immer allen wahnsinnig wichtig sind) beschäftigen. Die gab es aber zuhauf. Und abgesehen davon: Seit dem Beginn des Prozesses wurde der Soli weitgehend abgeschafft, die Grundrente eingeführt, jede Menge Verträge mit den Bundesländern zum Gute-Kita-Gesetz abgeschlossen und, und, und. Das sind nur die Dinge, die mir während des Tippens spontan eingefallen sind. Man kann die Groko mögen oder nicht, aber das ist Regieren und vieles davon wurde dem Koalitionspartner in harten Verhandlungen abgeknöpft.



Das Ergebnis

Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans werden uns die nächsten Jahre führen. Die einen jubeln, die anderen sehen schon den Untergang mindestens der Groko, wenn nicht sogar der SPD heraufziehen. Ich wünsche mir von uns etwas ganz neues: Solidarität. Nix Feind, Todfeind, Parteifreund. Die Gewählten sind gewählt und zwar von uns allen. Damit verdienen sie unseren Rückhalt. Es ist Zeit, dass wir uns mal am Riemen reißen und unseren Umgang mit unserem Spitzenpersonal überdenken. Aber wir sind ja alle lernfähig ...

Auf geht's. Mit geradem Rücken und aller Kraft.

Oswald Prucker

Sozialdemokratische Kindergrundsicherung beschlossen

Bis zu 478 Euro pro Kind.

Deutschland soll das kinderfreundlichste Land in ganz Europa werden. Und dazu gehört, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss und alle die gleichen Chancen haben - egal, ob die Eltern viel oder wenig Geld haben. Dafür hat der Parteitag einstimmig die Einführung einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung beschlossen. Als einen "Systemwechsel", beschrieb Malu Dreyer das Konzept.

Gute und beitragsfreie Kitas und Ganztagsangebote an Schulen gehören dazu. Kostenfreie Tickets für den ÖPNV. Sportvereine, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen, die sich alle leisten können. Und es geht darum, vor allem Familien, die wenig Geld haben, finanziell besser zu unterstützen: mit einem "neuen Kindergeld", das einfacher ist, als die vielen Einzelleistungen bisher. Und gerechter! Denn bisher bekommen Kinder von Spitzenverdienern mehr Geld als andere. Künftig sollen aber die am meisten bekommen, die es brauchen. Und das heißt: Bis zu 478 Euro im Monat pro Kind.

Bessere Infrastruktur und mehr Angebote für alle Kinder

Niemand soll ausgeschlossen werden, alle sollen mitmachen können - egal, ob in der Schule, auf dem Weg dorthin, am Nachmittag im Sportverein, in der Musikschule oder am Wochenende im Freizeittreff.

Gute und gebührenfreie Bildung treibt die SPD schon lange voran - von der Kita bis zum Meister oder Master. Im Koalitionsvertrag hatte sie bereits den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul-kinder durchgesetzt. Und auch dafür sollen perspektivisch die Gebühren wegfallen. Nach dem neuen Konzept soll auch der Öffentliche Nahverkehr - Busse und Bahnen - für Kinder und Jugendliche kostenfrei werden, für den Schulweg ebenso, wie für die Freizeit.



Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sollen alle Kinder nutzen können - egal, wie viel die Eltern verdienen. Dafür soll eine Kinderkarte sorgen: für jedes Kind mit einem monatlichen Guthaben von 30 Euro. Davon kann zum Beispiel der Sportverein bezahlt werden. Oder die Musikschule. Eine damit verbundene App soll zudem einen Überblick über das Angebot im eigenen Heimatort geben.

Mehr Geld für Familien, die nicht so viel haben

Es ist heute nicht leicht, den "Flickenteppich" an Einzelleistungen für Kinder und Familien zu überblicken. Und die Beantragung ist oft kompliziert. Die SPD will darum die Leistungen bündeln, das System einfacher machen - und gerechter. Denn über Steuer-Freibeträge bekommen Spitzenverdiener bisher mehr Geld für ihre Kinder, als Familien mit kleinen Einkommen.

Darum hat die SPD ein "neues Kindergeld" entwickelt. Alle Familien sollen zunächst den gleichen Basisbetrag von monatlich 250 Euro für jedes Kind bekommen. Darin enthalten sind auch die 30 Euro auf der Kinderkarte. Und Familien mit wenig Geld bekommen, je nach Einkommen, mehr. Das neue Kindergeld ersetzt damit auch andere Leistungen, die bisher einzeln beantragt werden mussten. Im Ergebnis heißt das: Je nach Lebensalter des Kindes soll es bis zu 478 Euro pro Monat geben:

- Bis 6 Jahre: 400 Euro
- 6 bis 13 Jahre: 458 Euro
- Ab 14 Jahre: 478 Euro

Diese Höchstbeträge werden nach und nach bis auf den Basisbetrag verringert, wenn die Eltern mehr verdienen.



Spitzenverdiener mit 270.000 Euro oder mehr Jahreseinkommen werden dann über ihre Steuer-Freibeträge aber nicht mehr fast 300 Euro pro Kind und Monat bekommen - sondern wie andere auch den Basisbetrag. Das ist vernünftig und gerecht!

Hartmut Hitschler

So geht Ortsverein!

Wir haben unsere Ortsvereinsvorsitzenden gebeten, uns zu verraten, was in ihrem Ortsverein gut funktioniert. Vielleicht ist da ja auch eine Idee für einen anderen Ortsverein dabei? Deshalb veröffentlichen wir hier nach und nach die Rückmeldungen. Wichtig: Es steht immer ein*e AnsprechpartnerIn dabei, damit man wenigstens mal nachfragen kann. Heute ist **Eichstetten** dran:

Öffentlichkeitsarbeit über Gemeindeblatt

Veranstaltungen werden konsequent im Gemeindeblatt veröffentlicht. Das betrifft nicht nur örtliche Veranstaltungen, sondern auch solche vom Kreisverband.

Die regelmäßige Präsenz im Gemeindeblatt bringt Sichtbarkeit im Ort.

Ansprechpartner ist Hans-Dieter Straup, birke.straup@gmail.com

Kleiner Tipp der Redaktion: Die Termine des Kreisverbands stehen ganz hinten im Mitgliederbrief und auf unserer Webseite. Wenn überörtliche Veranstaltungen nicht beworben werden dürfen, dann kann man den örtlichen Bezug durch das Angebot von Mitfahrgelegenheiten herstellen.

Verkehrspolitik für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis

Auf ihrer diesjährigen Herbst Klausurtagung im Hochschwarzwald hat die SPD-Kreistagsfraktion unter anderem alle Aspekte der Verkehrspolitik im Landkreis diskutiert.

Zur Sprache kamen dabei Verkehrsberuhigungen an den Durchfahrtsstraßen unserer Dörfer und Städte genauso wie Überquerungshilfen, die sich viele Bürger im Kreis wünschen. Viele Kreisräte berichteten dabei von frustrierenden Ergebnissen bei den Verhandlungen mit der Verkehrsbehörde im Landratsamt.

„Das war das dominante Thema im Wahlkampf und jedes Dorf kann da eine Geschichte erzählen“ so Kreisrat Oswald Prucker. Bürgermeister Rüdiger Ahlers ergänzte: „Es ist nicht immer einfach, hier zeitnah zu einer Verständigung zu kommen.“



Alle Fraktionsmitglieder waren sich einig, dass die nächsten Jahre Verbesserungen beim Verkehr jenseits des Autos bringen müssen. Dazu gibt es bereits einige Initiativen aus verschiedenen Ortsvereinen, die Kreisverband und Fraktion derzeit bearbeiten. Diese Vorschläge reichen von Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Ortsdurchfahrten bis zur Umwidmung von Ortsverbindungsstraßen als Fahrradstraßen.

Drei tödlich verunglückte Motorradfahrer in diesem Jahr im Kreisgebiet, dazu 41 Schwerverletzte und oft unerträglicher Lärm, dies veranlasst Kreisrat Rolf Seifert, über Motorradfahrverbote zu bestimmten Zeiten auf einigen Straßen im Hochschwarzwald nachzudenken, da auch verstärkte Polizeikontrollen keinen Einfluss auf die Unfallzahlen zu haben scheinen, wie die BZ berichtete.

Auch dem neuen Nahverkehrsplan kommt eine wichtige Rolle zu, betonen die Mitglieder der Fraktion: „Der Verkehrsbereich hat eine wichtige Rolle im Klimaschutz und wir brauchen kreative Maßnahmen, die die Menschen in den Mittelpunkt stellen und brauchbare und gut nutzbare Alternativen zum Auto bieten.“

Dabei sind auch der Kreistag und der Landkreis als untere Verkehrsbehörde gefragt.“

Oswald Prucker, Rüdiger Ahlers, Rolf Seifert

Jahresrückblick 2020 (!)

Das Weihnachtsessen des Kreisvorstands ist natürlich auch immer eine schöne Gelegenheit für einen Jahresrückblick. So macht man das und so machen wir das auch, aber halt ein bisschen anders. Wir blicken nicht auf das zurückliegende Jahr, sondern auf das demnächst beginnende. Ist doch viel lustiger (wenn mans nicht ernst nimmt).

Jahresrückblick 2020 (!)

Die Schlacht ist geschlagen, die neuen Vorsitzenden stehen fest. So fest, wie ihre Vorgänger standen ... was immer das heißt. Aber immerhin zu zweit. Das schönste Amt nach Papst ist für eine*n nicht zu stemmen, wie wir jetzt wissen.

„Heureka, eine Informatikerin“ ruft **Henry** mit Blick auf die neue Vorsitzende **Saskia Esken** und bucht sofort einen Computerkurs bei der Volkshochschule. Später im Jahr wird er dem Chaos Computer Club beitreten und Wölkchen und Internetauftritt des Kreisverbands hacken. Alles wird so sicher verschlüsselt, dass es keiner mehr lesen kann.



Währenddessen schießen ob der bloßen Wahl von Steuer-DJ **Nowabo** die Selbstanzeigen der Millionarios und Millardärios in nie gekannte Höhen. Souverän gelingt es **Clara** zusammen mit **Thomas** und der Infrastruktur eines hiesigen Sicherheitsdienstleisters einen großen Teil des Geldes auf die Konten des Kreisverbandes umzuleiten. „Und trotzdem erhöht sie die Mandatsträgerabgabe der Kreisräte“ jammert daraufhin ein nicht näher genannt werden wollender Kreisrat aus ... dem Kreistag.

In der Zwischenzeit bereitet die Vorsitzende **Birte** ihren Wahlkampf für den Landtag vor. Emporgetragen von der allgemeinen Euphorie im Land (und vielleicht auch wegen **Claras** Milliönchen) kann sie aus dem Vollen schöpfen. Es gibt keine Kugelschreiber-Give-aways, wenn man **Tanja** zur Chefausstatterin der Wahlkampfstände macht!



Auch in der Kreistagsfraktion hat man die Zeichen der Zeit erkannt und das Parteibuch wieder gefunden. Eifrig schreiben alle Räte für unseren Mitgliederbrief. Insgesamt in etwa halb so

viel und lange, wie **Bernd** an seinen entspannteren Tagen. Damit ist der Mitgliederbrief mittlerweile zur Wochenzeitung mutiert und **Ossi** musste alle Parteiämter aufgeben, um das redaktionell zu stemmen. Hilfe bekommt er von führenden Vorwärts-Redakteuren, die sich um Praktikumsstellen beworben haben.

Die bereits zitierte „allgemeine Euphorie im Lande“ wächst sich derweil auf beängstigende Art und Weise aus. Landauf, landab fragen die Menschen nach Listenplätzen für die nächsten Kommunalwahlen, die doch noch Jahre entfernt liegen. Kurz vor Weihnachten 2020 hören wir da **Hartmut** leise seufzen: „Ach waren das noch besinnliche Zeiten, als es nur zwei SPD-Kandidaten bei Bürgermeisterwahlen gab.“

Oswald Prucker

Ein Einfallstor für Willkür

Der Arbeitskreis „Christen in der SPD“ kritisiert den Bericht des Antisemitismus-Beauftragten des Landes.

Steht ein undifferenzierter Antisemitismus-Begriff nicht nur einer legitimen menschenrechtlich motivierten Kritik der aktuellen israelischen Siedlungspolitik im Wege, sondern auch seiner Wahrnehmung als eine Facette gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die sich in Attacken auf

jüdische Einrichtungen in Deutschland manifestiert? Bei seiner jüngsten Sitzung in Freiburg beklagte der Arbeitskreis „Christen in der SPD“ eben diese Unschärfe in der Definition von Antisemitismus.

In der Diskussion wurde klar herausgestellt, dass die Vermischung von religiösen und menschenrechtlichen Belangen einerseits mit der Wahrnehmung politischer Interessen des Staates Israel andererseits vor dem Hintergrund der aktuellen Krise im Nahen Osten in Deutschland zu einem merkwürdigen Klima gegenseitigen Misstrauens, der Verdächtigung, Einschüchterung und der Denunziation geführt hat.



Stein des Anstoßes war der aktuelle Bericht des Antisemitismus-Beauftragten des Landes Baden-Württemberg, Michael Blume, am 16. Oktober im Landtag. Zuvor, am 9. Oktober, hatte ein mutmaßlicher Rechtsextremist am jüdischen Feiertag Jom Kippur in Halle ein Massaker in der dortigen Synagoge verüben wollen und nach dem Scheitern seines Angriffs auf das Gotteshaus zwei Passanten ermordet.

Der ehemalige Freiburger Schuldekan, Religionspädagoge und Friedensaktivist Manfred Jeub hatte sich nach dem Blume-Bericht in einem Offenen Brief an die Freiburger Landtagsabgeordneten gewandt und beklagt, dass der Antisemitismus-Beauftragte offenbar die Gefahr von rechts völlig unterschätze. Jeub: „Unübersehbar wurde in Blumes Referat sein Affekt gegen 68er und Kirchenlinke. Ihnen wird Antisemitismus unterstellt. Gemeint sind Friedensbewegung und christliche Initiativen, die den Staat Israel wegen seines immer wieder unverhältnismäßigen Gewalteinsatzes und seiner Völker- und Menschenrechtsverletzungen kritisieren.“ Dieser Antisemitismus-Beauftragte habe sich „mit problematischen Kräften verbunden“, so Jeub. Die Deutsch-israelische Gesellschaft sei schließlich eine Lobbyorganisation des israelischen Staates.

Eine „Diskriminierung von Menschenrechtsengagement“ hat auch der Freiburger Pfarrer im Ruhestand Ulrich Greder ausgemacht. In einem eigenen Brief moniert er, dass Michael Blume die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) kritiklos übernommen habe. Darin heißt es unter anderem wörtlich: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Ulrich Greder hält dem entgegen, dass einem wissenschaftlichen Gutachten zufolge die „Arbeitsdefinition“ ein Einfallstor für eine politische

Instrumentalisierung sein könne, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren.

Auch die Bedrohungen, denen Menschen ausgesetzt sind, die sich im Bemühen um friedliche Lösungen nicht nur mit Israel, sondern auch mit den Anliegen der Palästinenser beschäftigen wollen, sprach Ulrich Greder an. Sie sähen sich immer wieder einem Antisemitismus-Verdacht ausgesetzt. Rund 300 Fälle seien in den letzten Jahren bekannt geworden, bei denen Veranstaltern, die sich mit Palästina befassen wollten, die entsprechende Nutzung von Räumen versagt oder nur auf dem Klageweg zugestanden wurde. Hier ziehe die Gefahr eines mit Verdächtigungen und Denunziantentum gepaarten neuen McCarthyismus auf, befand Manfred Jeub, Micha Brumlik zitierend.

In der Runde wurden einige bedrückende Beispiele willkürlichen Umgangs von Leitungskräften und Vorgesetzten in Kirche und Gesellschaft mit Veranstaltern aufgezeigt, die sich ideologiefrei und durchaus kontrovers mit dem angespannten Verhältnis von Israelis und Palästinensern auseinandersetzen wollen. Angesprochen wurde das Redeverbot für den Publizisten Andreas Zumach vor einem Jahr in Karlsruhe, der über das Thema „Israels wahre und falsche Freunde“ sprechen wollte.

Kritisiert wurde von Manfred Jeub, dass das Kultusministerium im März 2018 eine Meldepflicht für „religiöses und ethnisches Mobbing“ an allen weiterführenden Schulen im Land eingeführt hat, womit antisemitische Vorfälle meldepflichtig sind. Der Pädagoge wörtlich: „Wenn man etwas gelernt hat in Sachen Nazizeit, dann dass wir keine Blockwart-Mentalität brauchen.“

An die Schwierigkeiten, die Nakba-Ausstellung, die die Vertreibung von Palästinensern nach der Staatsgründung Israels darstellt, in Deutschland zu zeigen, erinnerte Wilhelm Wille, Pfarrer im Ruhestand und im „Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche“ aktiv. Es werde zwar immer argumentiert, dass dann auch die andere Seite zu Wort kommen müsse, bei der israelischen Seite werde das aber nie eingefordert. Das Bestehen auf einer vermeintlichen Ausgewogenheit sei eine Methode der anderen Seite, das Rederecht zu beschneiden. So dürfe etwa über das „Kairos-Palästina-Dokument“ palästinensischer Christen auf dem Kirchentag nicht gesprochen werden.

Dass die von ihm organisierten Israel-Reisen davon lebten, sich bei Schüleraustauschen vor Ort ganz konkret mit den unterschiedlichen Positionen der Israelis und Palästinenser auseinander zu setzen, schilderte David Pomp, Lehrer am Albert-Schweitzer-Gymnasium in Gundelfingen. Dabei habe er sich schon mal dem Vorwurf eines Bürgers ausgesetzt gesehen, er gebe

der Terrororganisation Hamas Raum. Und er habe ertragen müssen, bei Schulleitung und Staatsministerium angeschwärzt zu werden. Kennzeichnend für diese Atmosphäre ist laut Manfred Jeub auch die Tatsache, dass in einem Papier der Evangelischen Akademien bekundet wird: „Wir machen zum Nahostkonflikt besser keine Veranstaltungen mehr.“ Eine palästinensische Sicht der Dinge müsse man aber darstellen können. „Und da darf nicht der Zensor um die Ecke kommen.“



Vermeidungsstrategien, die im Zusammenhang mit vermeintlichen oder tatsächlichen antisemitischen Sachverhalten stehen, führten zu Verkrampfungen, die letztlich auch unser Verhältnis zu den Juden bestimmen, befand die Arbeitskreisvorsitzende Adelheid Binder. Dem Antisemitismus-Beauftragten des Landes hielten sie vor, sich in seinem Bericht in Gemeinplätzen zu ergehen und den Bezug zu den dringenden Fragen des gegenwärtigen Antisemitismus zu verlieren. Sie verlangte die Einsetzung eines unabhängigen Expertenteams mit Kräften aus allen Bereichen der Gesellschaft.

Die Runde war sich einig, dass es nichts bringt, sich mit der Kritik auf Michael Blume zu fokussieren. Hier seien ganz starke politische Käfte am Werk. Die Massivität, mit der das Problem einer anti-semitischen Abqualifizierung der Israel-Kritik derzeit auftritt, ziehe Kreise bis in den Bundestag, die Rektorenkonferenz der Universitäten, die Evangelische Akademien und die EKD. „Ich weiß, dass von israelischer Seite alles getan wird, die palästinensische Stimme zum Schweigen zu bringen. Doch dem müssen wir ja nicht folgen“, sagte Michael Gugel, vormaliger Schulleiter des Freiburger Berthold-Gymnasiums.

Gabi Rolland warb angesichts der Komplexität dieses sensiblen Themas um Verständnis dafür, dass zeitnah eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus-Begriff im Landtag nicht möglich gewesen sei. Die SPD sehe aber Gesprächsbedarf. Man müsse, so Rolland, sich mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung an sich eingehend beschäftigen und die Landeszentrale für politische Bildung stärken. Wichtig sei es, mit kritischen Juden, christlichen Palästinensern, kritischen Muslimen und kritischen Christen in ein interreligiöses Gespräch zu kommen.

Bernd Michaelis

Alle können etwas tun

SPD-Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter sprach in Staufen zum Klimaschutzpaket der Bundesregierung.

Jetzt sei Handeln angesagt, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin und SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter bei einer Diskussionsveranstaltung in der Staufener Zunftscheune zum Klimapakete der Bundesregierung. Es dürfe nicht länger zugewartet werden, wie weltweit zunehmende Extremwetterereignisse zeigten. Das Engagement der Kommunen sei für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik unverzichtbar. Als herausragendes Beispiel nannte die Politikerin die bereits 12 Jahre alte Staufener Klimaschutz-Initiative.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden Henry Kesper und Bürgermeister Michael Benitz führte die Parlamentarische Staatssekretärin umfassend in das Thema ein. Die anschließende Diskussion wurde von Dagmar Endle, Ortsvereinsvorsitzende der SPD Staufen, moderiert.

Eine klare Absage erteilte die Staatssekretärin dem in der Diskussionsrunde mehrfach geäußerten Wunsch, Regierung und Parlament sollten auf ordnungspolitischen Wege kurzerhand strengere Regeln einführen, um zu schnelleren Erfolgen zu kommen. Das sei in einer freiheitlichen Demokratie nicht zu machen, betonte sie. Die Rednerin zeigte zwar Verständnis für

jene Bürgerinnen und Bürger, die Anstoß daran nehmen, dass das Klimapakete der Großen Koalition als wenig ambitioniert und „in Watte gepackt“ erscheine, warb aber für den Ansatz, allen Beteiligten angesichts unterschiedlicher finanzieller Ausstattung sozialverträgliche Alternativen zu bieten. „Anordnungen von oben“ würden dem nicht gerecht, befand Schwarzelühr-Sutter, zeigte indes Sympathien für die rasche Einführung eines Tempolimits, das wenig koste, aber viel bringe.



Mit dem Klimaschutzprogramm werde immerhin ein verlässlicher Weg, ein gesetzlicher Fahrplan hin zur Treibhausgasneutralität in den Bereichen Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft, Energie und Industrie verfolgt, auch wenn die Notwendigkeit des Klimaschutzes in unserer polarisierten Gesellschaft ganz unterschiedlich gesehen werde, befand die Politikerin. Die Menschen wollten aber in jedem Fall wissen, „wohin die Reise geht“. Es helfe wenig, „wenn wir nur wenige sind, die vorbildlich leben und wirtschaften“. Wir müssten alle umdenken: „Etwas weniger ist da schon mehr.“

In der Frage, ob wir unsere Klimaschutz-Ziele erreichen, komme es jetzt besonders auf Kommunen und Bürger*innen an. Jede(r) Einzelne könne zum Klimaschutz beitragen. Nur so seien die gesteckten Ziele zu erreichen. „Dazu brauchen wir die breite Masse“, sagte die Staatssekretärin. „Wir müssen vor Ort die kleinen Ziele verfolgen und dürfen dabei die großen, gesamtpolitischen Ziele nicht aus den Augen verlieren“. Die Kommunen erhielten dabei wichtige Unterstützung vom Bund. Fördergelder gebe es etwa für Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs, der Solarthermie, den Ausbau von Radwegen, für Stromsparchecks, Nachbarschaftsprojekte und Klimaschutz-Manager*innen. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative würden wichtige Projekte vor Ort gefördert. In Staufen werde mit Unterstützung des Bundes die Straßenbeleuchtung saniert und eine Mobilstation für Fahrräder am Bahnhof eingerichtet.

Das Thema Klimaschutz bewege die Bürgerinnen und Bürger von Staufen schon seit vielen Jahren, sagte Bürgermeister Michael Benitz. Dafür stehe der Arbeitskreis Klimaschutz, der derzeit aber ruht, weil es in der Umsetzung der ehrgeizigen Projekte etwas hakt. Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung reiche nicht aus, meinte Benitz. Da seien sicher einige Lobbyisten am Werk, da müsse aber mehr kommen, urteilte der Rathauschef. „Der Klimaschutz-Gedanke muss in der Bevölkerung verankert

werden. Alle müssten mitmachen, wenn Fortschritte erzielt werden sollen“, sagte er.

Benitz erinnerte daran, dass Staufen seit über 12 Jahren an einer Agenda für Klimaneutralität arbeite, die auf Energieeinsparung, erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzt. Der Arbeit des Arbeitskreises sei es zu verdanken, dass die Stadt Staufen im Jahr 2010 beim Landeswettbewerb „Klimaneutrale Kommune“ als eine von neun Siebergemeinden ausgezeichnet wurde. Bis 2050 will Staufen klimaneutral sein: Gegenüber 2011 ist dann der in der Stadt anfallende CO₂-Ausstoß um 90 Prozent reduziert und der Energieverbrauch halbiert, so das Klimaschutzkonzept der Stadt.

Staufen habe schon einiges umgesetzt, müsse aber noch mehr tun, sagte der Bürgermeister. Bund und Land müssten erkennen, dass es die Kommunen sind, die den Klimaschutz voranbringen und den Umbau in der Energiewirtschaft realisieren, appellierte Benitz auch im Blick auf eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Einen wichtigen Schritt im Bemühen, hin zu mehr regenerativen Energien zu kommen, nannte Michael Benitz die Gründung der Stadtwerke Müllheim-Staufen vor zehn Jahren.

Bernd Michaelis

WIR IM NETZ

Aktueller als in diesem Newsletter sind wir im Netz.

Kommt also regelmäßig auf spd-breisgau-hochschwarzwald.de und zu Facebook, Instagram oder YouTube unter **Rot-wild im Schwarz-wald**.



IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke
SPD Regionalzentrum,
Merzhauser Straße 4
79100 Freiburg

Redaktion:
Oswald Prucker & Birte Könnecke

redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de

Mitgliederstatistik

Im November ist unser Mitgliederbestand erfreulicherweise von 864 auf 867 gestiegen. Wir freuen uns über ein Neumitglied im Juso-Alter und zwei weitere Neumitglieder.

Termine, Termine

Stammtische

Kaiserstuhl – Tuniberg – March:

Im Januar ist immer Pause, aber dann geht es wieder weiter: Montag 10. Februar, Dienstag 10. März, Dienstag 14. April, Montag 11. Mai, Dienstag 9. Juni, Dienstag 14. Juli immer um 19 Uhr im Elsässer Hof, Breisach.



Breisgau: Abwechselnd im Bolando in Bollschweil und in Ehrenkirchen. Die Termine im Bollando stehen fest: 16. Januar, 12. März und 14. Mai, jeweils ab 19:30 Uhr. Die weiteren Termine werden im nächsten Mitgliederbrief nachgereicht.

Hochschwarzwald: An jedem vierten Mittwoch im Monat, d.h. am 22. Januar, 26. Februar (Aschermittwoch), 25. März, 22. April, 27. Mai und 24. Juni jeweils um 19.30 Uhr im Hotel Jägerhaus, Postplatz 1-2, Titisee-Neustadt.

Neujahrsempfang

10. Januar 2020 – 18 Uhr – Hofgut
Himmelreich, Buchenbach

Unser traditioneller Neujahrsempfang findet wieder wie gewohnt im Hofgut Himmelreich statt.

Wir freuen uns auf ein paar ungezwungene Stunden mit Politik und Gesprächen bei feinen Häppchen.



Bild: Europäisches Parlament

Unsere Gastrednerin ist unsere Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**, die zur aktuellen Europapolitik sprechen wird.

Bis dahin:

